

Kolumne Herausgeberrat, Klettgauer Bote vom 13.4.2024

13.4.2024 Martina Munz; Nationalrätin

Ein Weckruf für den Klimaschutz

Im April schon der erste Sommertag: Wir alle haben die Sonnenstrahlen genossen, ein Temperaturrekord jagt den nächsten. Die Kehrseite sind heftige Unwetter, abschmelzende Gletscher und auftauender Permafrost in den Höhenlagen. Die Gefahr von Steinschlägen und Erdbeben ist erhöht. Die Schweiz ist als Alpenland von der Klimaerwärmung besonders betroffen. Und die Klimaerwärmung macht Menschen krank. Wegen der häufigeren und intensiveren Hitzewellen steigen die Risiken, besonders im Alter. Die Klimaseniorinnen forderten deshalb eine unabhängige gerichtliche Überprüfung der Klimapolitik. Nun hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg einen historischen Entscheid gefällt: Schutz vor Klimaerwärmung ist ein Menschenrecht. Die Schweiz tut zu wenig fürs Klima und verletzt damit die Menschenrechte. Genau wie eine Chemiefabrik, die das Trinkwasser vergiftet, ist die Schweiz verantwortlich für ihren Klimaausstoss. Das heisst auch, dass wir handeln müssen. Das Urteil ist nicht nur eine Rüge, es ist ein Weckruf.

Die CO₂-Emissionen müssen runter. Wir müssen die erneuerbare Energien nutzen, um von Öl und Gas unabhängig zu werden. Das ist letztlich auch billiger, denn die Sonne scheint für alle gratis. Letztes Jahr haben wir 22 Milliarden Franken für Öl und Gas ausgegeben. Dieses Geld investieren wir besser in unserem Land für nachhaltige Energien. Wenn ich im Chläggi unterwegs bin, sehe ich immer mehr Solaranlagen auf den Dächern, das macht zuversichtlich. Die Rahmenbedingungen für Solaranlagen werden zudem bald massiv verbessert. Es wird attraktiv grosse Dachflächen von Landwirtschaftsbetrieben zu nutzen. Fotovoltaikanlagen auf Dächern, Fassaden und Parkplätzen sichern auch im Winter unsere Stromversorgung und sind ökologisch unbedenklich. Denn auch im Winterhalbjahr bringen die Solaranlagen 40 Prozent ihrer Leistung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Winterversorgung. Wir sind auf den Weg, doch das Ziel ist noch weit. Alle sind gefordert ihren Beitrag für die Energiewende zu leisten. Der Weckruf aus Strassburg geht in der Schweiz nicht nur an die Regierung und das Parlament, die Bevölkerung entscheidet mit. Jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger ist mitverantwortlich für den Klimaschutz. Das ambitionierte CO₂-Gesetz wurde vor drei Jahren an der Urne abgelehnt. Nun haben wir bald wieder die Chance, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen.